

# Wachstum fördern statt Wirtschaft abwürgen

**Zu den Steuer- und Abgabenerhöhungsvorschlägen der SPD erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Mit Sorge blicke ich den Solidarpaktverhandlungen am 11. März entgegen. Das am 15. Februar vorgestellte SPD-Konzept läßt Schlimmes befürchten. Statt denjenigen das Geld zu sperren, die durch Tricks unberechtigt Sozialleistungen kassieren, will die SPD tief in das Portemonnaie des hart arbeitenden Bürgers greifen. Sie übersieht dabei, daß nichts schädlicher für die Konjunktur wäre als eine geballte Kombination von Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie die SPD vorsieht.

Wer die Wirtschaft abwürgt, hat bald kein Geld mehr, das er für den Aufbau Ost einsetzen kann. Jetzt ist konsequentes Sparen des Gebot der Stunde und die Bereitschaft hierzu Voraussetzung für die anstehenden Solidarpaktgespräche.

Mit Sozialneid hat sich eben noch nie eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik gestalten lassen. Einmal mehr zeigt sich die SPD als „Schröpf-Partei Deutschlands“. Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die Blockade-Taktik der SPD gegen das dringend notwendige Standortsicherungsgesetz. Wenn in Deutschland keine Gewinne mehr erwirtschaftet werden können, wird sich das Kapital anderen Märkten zuwenden.

Bei den Solidarpaktgesprächen muß es darum gehen, das Wachstum in ganz Deutschland zu fördern.

## HEUTE AKTUELL

### ● Neue Länder

Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost war ein voller Erfolg.  
Seite 3

### ● Renten

Renten in den neuen Ländern: Antworten auf offene Fragen.  
Seite 5

### ● Asyl

Zum Warum und Wie einer Änderung des Asylrechts. Seite 8

### ● Medien

Gewalt im Fernsehen eindämmen. Seite 12

### ● Verfassungsschutz

Rot-Grün in Niedersachsen leistet dem Rechtsextremismus Vorschub. Seite 20

### ● Ideenbörse

Anerkennungsmedaille „Deutsche Einheit — Aufbau neue Länder“. Seite 22

### ● Parteifinanzen

Kommission bestätigt Notwendigkeit staatlicher Parteifinanzierung. Seite 24

### ● Dokumentation

Die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates sichern. Grüner Teil

# Koalition hält an Ablehnung einer Arbeitsmarktabgabe fest

**Zu den Beschlüssen der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU, CSU und FDP am 16. Februar erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:**

- 1.** Die Koalition bekräftigt ihre Auffassung, daß im Blick auf die schwierige Lage von Wachstum und Beschäftigung in Deutschland die Entscheidung der SPD für Steuererhöhungen noch in diesem Jahr bei Lohn, Einkommen und Unternehmenserträgen unverantwortlich ist.
- 2.** Die Koalition hält deshalb daran fest, den Solidaritätszuschlag erst zum 1. Januar 1995 wieder einzuführen.
- 3.** Entsprechend der Ankündigung des Bundeskanzlers in der Konferenz der Ministerpräsidenten mit Mitgliedern der Bundesregierung am 3. Februar 1993 beabsichtigt die Koalition, die Erste Lesung des Nachtragshaushalts 1993 und der mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm verbundenen Gesetze am 10. März 1993 im Deutschen Bundestag durchzuführen.

Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage muß es jetzt um die zügige Umsetzung der anstehenden finanzpolitischen Beschlüsse gehen. Diese Zeitplanung ist im übrigen notwendig, um sicherzustellen, daß der Nachtragshaushalt 1993 in jedem Fall rechtzeitig vor Beginn der Sommerpause in Kraft treten kann und so die vorgesehenen

## Beschlüsse zügig umsetzen

zusätzlichen Finanzmittel für die neuen Bundesländer möglichst bald zur Verfügung stehen.

- 4.** Die Koalition begrüßt die Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, daß die Anpassung der Beamtenbesoldung auf den 1. Mai 1993 verschoben wird, also erst vier Monate nach Inkrafttreten der Tarifvereinbarung (1. Januar 1993) wirksam wird. Für 1994 wird ein vergleichbarer Beitrag der Beamten für notwendig gehalten.

In diesem Zusammenhang hält die Koalition an ihrer Ablehnung einer Arbeitsmarktabgabe weiterhin fest.

## Strafandrohung bewahrt vor Drogenkonsum

Eine Umfrage des Bundesgesundheitsministeriums hat gezeigt, daß die meisten 12- bis 24jährigen vom erstmaligen Drogenkonsum allein durch die Strafandrohung abgehalten werden. Das sagte Staatssekretär Baldur Wagner auf einer Fachtagung in der Münsteraner Polizeiführungsakademie. Mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen habe angegeben, daß sie weiche Drogen konsumieren würden, wenn es erlaubt wäre. Wagners Standpunkt: Eine Legalisierung von Drogen nütze nur Drogenhändlern und nicht den Abhängigen. Daher werde die Bundesregierung alle entsprechenden Gesetzesinitiativen kategorisch ablehnen.



# Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost war ein voller Erfolg

**Zur Jahresbilanz 1992 des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:**

Das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost war ein voller Erfolg. Die für 1992 vorgesehenen Mittel in Höhe von insgesamt 11,6 Milliarden DM sind zu über 98 Prozent abgeflossen.

Das zeitliche Auslaufen des mit über 24 Milliarden DM ausgestatteten Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost bedeutet kein Absinken der Leistungen für die neuen Länder. Die im Programm enthaltenen Daueraufgaben werden aus Mitteln der beteiligten Ressorts weiterfinanziert.

Das Ziel des Gemeinschaftswerks, schnell arbeitsplatzschaffende Investitionen anzustoßen und mittelfristig die Wachstumsgrundlagen in den neuen Ländern zu verbessern, ist voll erreicht worden. Die Meldungen aus den jungen Ländern bestätigen, daß über die sonstigen Hilfen und Anstöße aus dem Bundeshaushalt hinaus mit dem Gemeinschaftswerk besondere Beschäftigungsimpulse gegeben wurden. In vielen Bereichen konnten damit Härten gemildert werden, die mit der Umgestaltung der Wirtschaft in den neuen Ländern unvermeidbar einhergehen.

**Im einzelnen ist 1992 vor allem erreicht worden:**

- Mit Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von knapp 5 Milliarden DM wurden Gleiserneuerungen, Lückenschlüsse und Elektrifizierungsprojekte bei der Reichsbahn in Angriff genommen, der Auf- und Ausbau der Bundes-

fernstraßen vorangetrieben sowie Grundenerneuerungen von Straßenbahnen und Neubeschaffungen von Linienbussen im öffentlichen Personennahverkehr vorgenommen.

- Mit Lohnkostenzuschüssen in Höhe von knapp 1,6 Milliarden DM konnten rund 65.000 Arbeitnehmer zusätzlich für durchschnittlich ein Jahr in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden.

- Mit Zuschüssen in Höhe von knapp einer Milliarde DM wurden 1992 Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

**Das Ziel, in den neuen Bundesländern schnell arbeitsplatzschaffende Investitionen anzustoßen, ist voll erreicht worden.**

men in über 600.000 Wohnungen gefördert.

- Das Sonderprogramm Regionale Wirtschaftsförderung hat 1991 und 1992 ein Gesamtinvestitionsvolumen von 14½ Milliarden DM induziert, damit konnten rund 112.000 Dauerarbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden.

- Mit Investitionen in Höhe von 410 Millionen DM wurden rund 720 Umweltschutzprojekte gefördert (zum Beispiel Bau von Kläranlagen und Wasserwerken, Sanierung von Deponien).

- Weitere Fördermaßnahmen in Höhe von über einer Milliarde DM wurden für Werften, Hochschulen, wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen und Fernwärmeanlagen verwendet.



## „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“:

# Volumen soll verdoppelt werden

**Die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“ ist eine Aktion der deutschen Wirtschaft, die von der Einsicht getragen wird, daß Hilfe notwendig, sinnvoll und selbstverständlich ist.**

Die an dieser Initiative beteiligten Unternehmen haben zur Intensivierung ihrer Bemühungen zur Verbesserung der Situation in Ostdeutschland auf Vorstands- bzw. Geschäftsführungsebene „Neue Bundesländer-Beauftragte“ ernannt, die sich in ihrem Unternehmen persönlich für die Initiative einsetzen.

● Die westdeutsche Wirtschaft strebt in den Unternehmensplanungen eine Verdoppelung des Einkaufsvolumens in den neuen Bundesländern von 24 Milliarden Mark (1992) auf 50 Milliarden Mark (1995) an.

Alleine das Einkaufsvolumen der bisher an der Einkaufsoffensive beteiligten Unternehmen soll von 9 Milliarden Mark (1991) auf 23 Milliarden Mark im Jahre 1995 mehr als verdoppelt werden. Mit diesen Planzahlen haben die beteiligten

Unternehmen einen vielversprechenden Anfang geleistet.

Das geplante Einkaufsvolumen der einzelnen Unternehmen soll u. a. mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- ▶ mit der Durchführung von Einkäufer-Tagen in den neuen Bundesländern,
- ▶ durch Austausch von Lieferantendressen untereinander und
- ▶ den Vertrieb von Produkten aus den neuen Bundesländern über eigene Handelsorganisationen.

● Die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“ ergänzt die notwendige Intensivierung der Marketing-Aktivitäten der ostdeutschen Firmen. Die an der Offensive beteiligten Unternehmen bieten darüber hinaus eine gezielte Förderung von Lieferanten in den neuen Bundesländern durch Know-how-Transfer, Qualifikationsmaßnahmen und Seminare an.

● Mit allen genannten Maßnahmen soll auch der Absatz innerhalb der EG gefördert werden.

## Ermutigende Signale für den wirtschaftlichen Aufbau im Osten

Als größte Erfolge in seiner einjährigen Amtszeit als Ministerpräsident Thüringens hat Bernhard Vogel in einem Interview die Konsolidierung der Regierungsarbeit, die Schaffung aller notwendigen Instrumentarien zur Ankurbelung der Wirtschaft und Fortschritte bei der Gebiets- und Verwaltungsreform gewertet. Als das Pro-

blem, das ihn am meisten beschäftige, bezeichnete Vogel die Schaffung von langfristig sicheren Arbeitsplätzen. Ein Fortschritt der Arbeitsmarktpolitik sei die Schaffung von über 80.000 Arbeitsplätzen durch das gemeinsam mit dem Bund finanzierte Programm zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Thüringen.



# Renten in den neuen Ländern: Antworten auf offene Fragen

**Zu den Erblasten der SED gehörte auch das marode Sozialrentensystem der ehemaligen DDR. Rentner in den neuen Ländern sind trotzdem heute Gewinner der Einheit: Sie dürfen auf regelmäßige Rentenanpassungen und dauerhaft sichere Renten vertrauen. Dies wurde durch die Überleitung der Ost-Renten in westdeutsches Rentenrecht zum 1. Januar 1992 erreicht.**

Die notwendige Umstellung der Altersversorgung erforderte jedoch erheblichen organisatorischen Aufwand. Über 4,2 Millionen Bestandsrenten der ehemaligen DDR mußten umgewandelt werden. Mitarbeiter der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte leisteten dies teilweise in Nacht- und Wochenendarbeit. Weil vernünftiges Datenmaterial in den meisten Fällen nicht vorlag, mußten die Bestandsrenten zunächst pauschal maschinell umgewertet werden, ein Rechtsanspruch auf eine endgültige Festlegung der Rentenhöhe besteht deshalb erst ab 1994. Neurenten hingegen werden bereits heute in den allermeisten Fällen individuell berechnet.

Für manche Rentner blieben nach der Rentenüberleitung offene Fragen, die meist auf Mißverständnisse zurückzuführen sind:

## ● Pauschale Umwertung

Da die pauschale Umwertung auf der Grundlage des unvollständigen Datenmaterials der alten Versicherungssysteme der DDR erfolgte, kann der festgelegte Rentenbetrag unter dem tatsächlichen

Rentenanspruch liegen. Bei einer endgültigen Festlegung der Rente ab 1994 werden zuwenig geleistete Beträge mit einer Verzinsung von 4 Prozent nachgezahlt. Wurde zuviel Rente gewährt, erfolgt hingegen keine Rückforderung dieser Beträge. Niemand muß also befürchten, daß sich die Rentenkasse auf seine Kosten bereichert.

## ● Vertrauensschutz durch Auffüllbetrag

Lag der zum 1. Januar 1992 errechnete Rentenbetrag unter der im Jahr 1991 gezahlten Rente, so wird durch einen Auffüllbetrag die alte Rentenhöhe aufrechterhalten. Dieser Auffüllbetrag wird bis Ende 1995 unverändert weitergezahlt, danach erfolgt eine stufenweise Anrechnung des Auffüllbetrags auf zukünftige Rentensteigerungen. Bei regelmäßigen Rentenerhöhungen bleibt der Auffüllbetrag konstant, d. h. er wird nicht mit angehoben. Dies ist jedoch gerecht, denn der Auffüllbetrag stellt eine Sonderleistung der Rentenversicherung dar, die Versicherte im alten Bundesgebiet nicht erhalten.

## ● Sozialzuschläge

Seit Januar 1992 werden Sozialzuschläge gezahlt, wenn das Einkommen die festgelegten Grenzbeträge (zur Zeit 658 D-Mark für Alleinstehende, 1.054 D-Mark für Verheiratete) nicht übersteigt. Die Grenzbeträge werden entsprechend der Entwicklung der Regelsätze der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern ange-



paßt. Sozialzuschläge sind keine Rentenleistungen, sondern pauschalisierte Formen der Sozialhilfe. Deshalb ist es gerechtfertigt, daß Rentenerhöhungen auf die Sozialzuschläge angerechnet werden.

### ● Verlagerung von Leistungen

Bis Ende 1991 ausgezahlte besondere Leistungen der Rentenversicherung (Kinderzuschläge, Ehegattenzuschläge, Pflegegelder, Blindengelder und Sonderpflegegelder) werden vom neuen Rentensystem nicht mehr erbracht. Für die Zahlung derartiger oder vergleichbarer Leistungen sind seit dem 1. Januar 1992 auch in den neuen Bundesländern andere Sozialleistungsträger (z.B. die Kindergeldkassen, die Krankenkassen, die Versorgungsämter, das Sozialamt oder evtl. die Berufsgenossenschaften) zuständig. Sozialleistungen müssen dort neu beantragt werden. Hat sich aufgrund dieser Neuregelung

die Rente im Jahr 1992 vermindert, sind in der Regel Leistungen dieser Träger an die Stelle bisheriger Leistungen der Rentenversicherung getreten.

### ● Zusatz- und Sonderversorgungsrenten

Für Zusatz- und Sonderversorgungsrenten gilt im Prinzip auch, daß durch die pauschale Umwertung und spätere Festsetzung der endgültigen Rente keine Nachteile entstehen. Allerdings sind die Renten für ehemals staatsnahe Personen gemindert worden, um die von der SED für ihre Unterstützer vorgesehene Bevorzugung abzubauen.

Wer auch nach Berücksichtigung dieser Umstände glaubt, eine wesentlich niedrigere Rente zu erhalten, als ihm zusteht, kann sich mit seinem Rententräger in Verbindung setzen. Dort erhält er weitere Auskünfte.

## SEKTEN – Nein danke!

Unter diesem Titel hat die Junge Union eine neue Broschüre herausgegeben, die von dem nebenstehend abgebildeten Aufkleber begleitet wird. Mit dieser Broschüre will die Junge Union ihren Beitrag zur Aufklärung über die Gefahren leisten, die neuerdings wieder verstärkt von den Aktivitäten von Sekten ausgehen. Nur wer die Gefahren kennt, kann sich davor schützen.

Diesem Ziel diene die Veranstaltung „Scientology: Macht, Kommerz und Psychoterror im Namen der Religion“, die die Junge Union im Juni 1992 in Hamburg durchgeführt hat. In der vorliegenden Broschüre sind deren Ergebnisse zusammengefaßt.



Gedruckt auf  
umweltschonendem  
Polyolefine

**Broschüre und Aufkleber können bestellt werden bei:**  
**Junge Union Deutschland,**  
**Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2**  
**Tel. (02 28) 31 00 11**  
**Fax (02 28) 38 45 20**



# CDU/CSU will das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz

**Zu Vorwürfen der SPD, die Union blockiere die Aufnahme des Umweltschutzes in die Verfassung, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:**

Der Schutz der Umwelt ist nach Überzeugung von CDU und CSU eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und der Politik. Deshalb hatte die Koalition von CDU/CSU und FDP bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen, ein Staatsziel Umweltschutz als klaren Auftrag an den Gesetzgeber in das Grundgesetz aufzunehmen. Das ist gescheitert, weil die SPD sich weigerte, einem Gesetzesvorbehalt zuzustimmen, der den Staat nicht nur zum Handeln verpflichtet, sondern auch seine Handlungsfähigkeit sichert.

## SPD verweigert sich

Heute stehen wir erneut vor derselben Situation. Wieder verweigert sich die SPD, wenn es darum geht, ein Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz auf klare rechtliche Grundlagen zu stellen. Die CDU/CSU-Fraktion hat in der Sitzung der gemeinsamen Verfassungskommission von Bund und Ländern am 11. Februar klargestellt, daß sie keiner Formulierung zustimmen wird, die dazu führt, daß nicht die Parlamente, sondern die Gerichte über Inhalte und Grenzen des Umweltschutzes befinden. Die Union will Gesetzesrecht, nicht Richterrecht.

Ausußerndes und die Handlungsfähigkeit des Staates lähmendes Richterrecht wäre aber die Konsequenz, wenn die von der SPD vorgeschlagene Formulierung „Die

natürlichen Lebensgrundlagen stehen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung unter dem Schutz des Staates“ Bestandteil des Grundgesetzes würde. Denn sie enthält keinen Auftrag an den Gesetzgeber und läßt gegensätzliche Interpretationen zu. Während Prof. Rupert Scholz, auf dessen Vorschlag diese Formulierung zurückgeht, darin

**Umweltschutz als klarer Auftrag an den Gesetzgeber: Ja. Aber der Staat darf mit der Verpflichtung seine Handlungsfähigkeit nicht verlieren.**

einen Gesetzesvorbehalt enthalten sieht, wird dies von der SPD im Kern bestritten, weil sie einen solchen Gesetzesvorbehalt nicht will. Auf solche unklaren Formelkompromisse kann sich niemand einlassen, der nicht nur wirksamen Umweltschutz will, sondern auch ein stimmiges Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie.

Die CDU/CSU-Fraktion ist bereit, den von ihr ursprünglich vertretenen anthropozentrischen Ansatz aufzugeben, der den Schutz der Lebensgrundlagen allein des Menschen in das Zentrum rückte. Die von der Fraktion vorgeschlagene Formulierung „Die natürlichen Grundlagen des Lebens stehen unter dem Schutz des Staates. Das Nähere regeln die Gesetze“ trägt allen Erfordernissen Rechnung. Nicht die Union, die SPD blockiert die Aufnahme eines verantworteten Umweltschutzes als Staatsziel in die Verfassung. ■



# Den Mißbrauch des Asylrechts wirksam verhindern

## Zum Warum und Wie einer Änderung des Asylrechts

Der Deutsche Bundestag hat Ende Januar 1993 den Entwurf zur Änderung des Asylgrundrechts beraten. Am 4. März wird er sich mit den Begleitgesetzen befassen. Auch in CDU-Kreisen wird all zu häufig nicht deutlich, warum wir eine Änderung unseres Asylrechts brauchen: Zur Verhinderung des Mißbrauchs des geltenden Rechts und um unsere Rechtsordnung auch auf diesem Gebiet europafähig zu machen.

Die heutige Verfassungsrechtslage erscheint auf den ersten Blick simpel. In Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz heißt es: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Diese nahezu unscheinbare Verfassungsaussage hat durch höchstgerichtliche Interpretation riesige Bedeutung erlangt, die vom Verfassungsgesetzgeber vor über 40 Jahren nicht gewollt war:

### Garantierte Rechte

Jeder Ausländer, der sich auf politische Verfolgung berief, hat die verfassungsrechtlich garantierten Rechte auf

- Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet bis zum Abschluß des Asylverfahrens,
- umfassende Prüfung seines Asylantrags auch bei aussichtslosem Vortrag im Verwaltungs- und ggf. im Gerichtsverfahren.

Das hat zur Krise des Asylrechts geführt. Denn zunehmend haben Ausländer unter

mißbräuchlicher Berufung auf politische Verfolgung die Beschränkungen für die Zuwanderung zu Beschäftigungszwecken umgangen — allein im letzten Jahr in über 400.000 Fällen!

Ziel unserer Neuregelung des Asylrechts ist, den wirklich politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht zu gewähren, aber eine unberechtigte Berufung auf das

**Von Erwin Marschewski,  
innenpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

Asylrecht zu verhindern und diejenigen von einem langwierigen Asylverfahren auszuschließen, die unseres Schutzes deswegen nicht bedürfen, weil sie offensichtlich nicht oder nicht mehr aktuell politisch verfolgt sind. Außerdem ist das Asylverfahren — einschließlich des gerichtlichen Verfahrens — weiter zu beschleunigen.

Dementsprechend sollen Ausländer,

- die über sichere Dritt-Staaten einreisen, in denen sie keiner Verfolgung ausgesetzt sind, sondern Schutz finden können, keinen Anspruch auf Asyl haben,
- die aus Herkunftsländern einreisen, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse politische Verfolgung nicht oder nicht mehr stattfindet,



ihre Asylbegehren in einem verkürzten Verfahren prüfen lassen.

● Darüber hinaus soll sich die Bundesrepublik Deutschland europäischen Regelungen über die Zuständigkeit für Asylverfahren und die gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen gleichberechtigt — das heißt, ohne Zwang zur Zweitprüfung eines innerhalb der EG abgelehnten Bewerbers — anschließen können.

Diese Regelungen erfordern die im Januar in 1. Lesung beratene Änderung des Grundgesetzes.

### Der Entwurf sieht vor:

Mit dieser Grundgesetzänderung kann dann auch das einfache Recht, das Asylverfahrensgesetz, entsprechend geändert werden. In unserem Entwurf hierzu ist in Ausführung der Änderung des Grundrechts auf Asyl folgendes vorgesehen:

**1.** Ausländer, die aus einem sicheren Dritt-Staat — das werden u. a. unsere Anrainerstaaten Schweiz, Österreich, die Tschechische Republik und Polen sein — in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, werden vom Asylverfahren grundsätzlich ausgeschlossen.

**2.** Für Ausländer, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen — solche Staaten sollen namentlich Bulgarien, Rumänien, die Tschechische sowie die Slowakische Republik und Polen werden —, wird das Asylverfahren verkürzt. Gleiches gilt für Ausländer, die ihre Mitwirkungspflichten bei der Prüfung ihres Asylantrags größtenteils verletzt.

**3.** Die Umsetzung der europäischen Schengener Abkommens. Dabei geht es insbesondere darum, einen Ausländer, der im Bundesgebiet einen Asylantrag

gestellt hat, an den für die Prüfung seines Asylantrags in der EG zuständigen Vertragsstaat zu überstellen. Dessen Entscheidung im Asylverfahren soll sodann von den deutschen Behörden anerkannt werden. Anders als bisher müssen die deutschen Behörden also kein zweites Asylverfahren durchführen.

**4.** Weitere Regelungen betreffen die Verhinderung von Mißbräuchen, z. B. durch einen erweiterten Informationsaustausch zwischen öffentlichen Stellen und Verfahrensbeschleunigungen.

Mit diesem Bündel von Maßnahmen ist die Grundlage geschaffen, dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam entgegenzutreten. Wir werden nicht verhindern können, daß auch in Zukunft Menschen zu uns kommen, die unser Asylrecht mißbräuchlich in Anspruch nehmen wollen. Wir werden jedoch die Möglichkeit haben, in diesen Fällen zügiger zu entscheiden. Dem dient auch die Entlastung der Asylverfahren von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen, die einen eigenständigen Aufenthaltsstatus nach dem Ausländerrecht erhalten werden.

### Künftig gerechter verteilt

Festzuhalten bleibt: Kein politisch Verfolgter wird in den Verfolgerstaat zurückgeschoben. Die Lasten durch den Zustrom von Asylbewerbern, die derzeit in mehr als 60% der Fälle innerhalb der EG Aufnahme gerade in der Bundesrepublik Deutschland suchen, können jedoch künftig gerechter auf alle EG-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Unsere östlichen Nachbarn Polen und die Tschechische Republik, über die ein Großteil des Zustroms von Asylbewerbern ins Bundesgebiet fließt, werden von uns ehrliche Hilfsangebote erhalten, damit die europäische Lastenteilung ihre jungen Demokratien nicht überfordert. ■



# Warum Bundeswehreinmärsche zur Wiederherstellung des Weltfriedens? – 12 Argumente –

**1.** Deutschland muß sich als gleichberechtigter, aber auch gleichverpflichteter Partner in die Völkergemeinschaft einfügen. Einen deutschen Sonderweg lehnen wir ab. Deutschland ist nicht besser, aber auch nicht schlechter als seine Nachbarn und Partner. Wir brauchen uns nicht in unserer Verfassung zu verbieten, was allen anderen möglich ist.

**2.** Die grundlegende Bereitschaft zu friedenserhaltenden und friedenswiederherstellenden Einsätzen ist auch ein Beitrag zur Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten und zur Gewährleistung der anerkannten Grundlagen des Völkerrechts. Deutschland, das an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes wieder zusammengewachsen ist, trägt eine besondere Verantwortung dafür, daß es in Europa keine Zone minderer oder außer Kraft gesetzter Menschen- und Völkerrechte gibt.

**3.** Deutschland muß europafähig bleiben und darf sich nicht aus dem europäischen Einigungsprozeß abkapseln. Die Westeuropäische Union hat mit ihren Petersberger Beschlüssen den Weg frei gemacht für ein europäisches Engagement bei der Eindämmung von Krisen, Konflikten und Kriegen. Deutschland darf aus diesem Geleitzug nicht aussteigen.

**4.** Ein Ausstieg aus friedenserhaltenden und friedenswiederherstellenden Maßnahmen würde Deutschland im

Atlantischen Bündnis isolieren und die Leistungsfähigkeit der NATO wesentlich beeinträchtigen. Deutschland würde zu einem Sicherheitsrisiko auch bei Einsätzen von integrierten Verbänden.

**5.** Deutschland ist den Vereinten Nationen ohne jeden Verfassungsvorbehalt beigetreten. Wenn wir dies jetzt nachträglich in Frage stellen, werden wir international zu einem „unsicheren Kantonisten“. Ein allgemeiner Grundsatz des Völkerrechts lautet: „Pacta servanda sunt“: Deutschland muß vertragstreu bleiben.

**6.** Wir sind ohnmächtige Zeugen eines Angriffskrieges in der Mitte Europas mit unzähligen Vergewaltigungen, Zehntausenden von Toten und Hunderttausenden von Vertriebenen. Ohne international abgestimmte militärische Maßnahmen sind solche Entwicklungen nicht zu stoppen. Verteidigung umfaßt nicht nur Nothwehr, sondern auch Nothilfe.

**7.** Deutschland hat sich noch im Golfkrieg dem militärischen Beistand durch logistische und finanzielle Hilfe entziehen können. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die internationale Gemeinschaft erwartet von uns zu Recht, daß diese Art der Aufgabenverteilung beendet wird. Aber auch die deutsche Bevölkerung selbst hat dafür kein Verständnis mehr.

**8.** Deutschland hat nach der Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit



seine volle Souveränität zurückerlangt. Es ist nicht mehr geteilt und nicht mehr potentiell erstes Schlachtfeld in einem militärischen Konflikt der Machtblöcke. Der sich daraus ergebende größere außenpolitische Handlungsspielraum stellt zugleich auch eine Verpflichtung dar.

**9.** Nicht zuletzt geht es auch um die Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen. Wenn Konflikte beispielsweise in Mittel- und Osteuropa sich ungehindert ausweiten können, kann auch Deutschland schnell davon betroffen sein. Mittelstreckenraketen aus den islamischen Krisenregionen können Deutschland erreichen.

**10.** Kriege sind häufige Ursachen für weitweite Flüchtlingsströme. Erfolge bei der Rückführung von Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen werden maßgeblich davon abhängen, ob es uns gelingt, Kriege möglichst zu verhindern oder in einem frühen Stadium wieder zu beenden. Die Aufnahme von mehr als 200.000

Flüchtlings aus dem ehemaligen Jugoslawien macht diesen Krieg auch zu einem deutschen Problem.

**11.** Diktatoren werden immer wieder versucht sein, Welthandelswege zu versperren, um auf diese Weise ein Erpressungspotential gegen die Freie Welt aufzubauen zu können. Es liegt zutiefst in deutschem Interesse, daß solche Versuche keinen Erfolg haben.

**12.** Die eigene Geschichte lehrt uns: aggressiven Diktatoren muß von der ersten Minute an mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Demokratien müssen wehrhaft sein, wenn wir in Freiheit leben wollen. Wir leben seit fast 50 Jahren in Frieden. Dies wäre ohne die Bundeswehr nicht möglich gewesen. Dies wird auch in Zukunft nur möglich sein, wenn die Bundeswehr der größeren gewordenen internationalen Verantwortung des wiedervereinigten und souveränen Deutschlands entsprechend handeln kann.

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Neu im Programm:

### Made in Germany — Der Industriestandort Deutschlands im europäischen und außereuropäischen Vergleich

Eichholzer Forum (VA Nr. 161) 13. bis 14. Mai 1993

Hauptthemen:

- Der Industriestandort Deutschland — Bilanz und Analyse (harte Faktoren/weiche Faktoren),
- Probleme vor Ort/regionaler Vergleich,
- Der Industriestandort Deutschland in Europa — ein Vergleich,

- Der Industriestandort Deutschland in der Welt — der außereuropäische Vergleich.

Im Referententeam werden u. a. vertreten sein: das Institut für Weltwirtschaft, das Bundeskanzleramt, das Institut der Deutschen Wirtschaft, die Handwerkskammer Dresden, verschiedene ausländische Handelsdelegationen in Deutschland ...

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Bildungszentrum Schloß  
Eichholz, Postfach 1331  
W-5047 Wesseling**



# Gewalt im Fernsehen eindämmen

**Der Vorsitzende des Bundesausschusses Medienpolitik der CDU, Staatssekretär Bernd Neumann, hat am 9. Februar der Presse in Bonn ein Papier des Ausschusses über die zunehmende Gewalt im Fernsehen und deren Folgen vorgestellt:**

Die CDU begrüßt die in den letzten Monaten öffentlich geführte Diskussion über Gewaltdarstellungen und Pornographie im Fernsehen. Die Menschenwürde, die Kultur und die Gesetze in unserem Lande verbieten Gewalt als „normales“ Mittel der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Interessen.

Deshalb tritt die CDU insbesondere auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt in Deutschland für eine offene Diskussion über Gewalt in den Medien ein mit dem Ziel, für eine deutliche Reduzierung der Gewaltdarstellungen (auch in der Verbindung von Gewalt und Sexualität) im Fernsehen zu werben und, falls erforderlich, auch die nötigen rechtlichen Regelungen einzuführen.

## Nach neueren Forschungen

Die Auswirkungen des Massenmediums Fernsehen auf die Entwicklung von Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen werden in der Wissenschaft zwar immer noch kontrovers diskutiert. In der Tendenz zeigt die neuere Forschung aber, daß Gewaltdarstellungen in den Medien gewaltfördernde Auswirkungen haben können. Dabei liegt das Problem weniger in der Gefahr direkter Nachahmungstaten. Es ist vielmehr darin zu sehen, daß aggressive Darstellungen

- Werte, Normen und Einstellungen zu Aggression verändern,

- gegen Gewalt abstumpfen lassen und
- Gewalt als Problemlösungsmittel darbieten und zur Nachahmung anregen.

Darüber hinaus sind die kurzfristigen physiologischen und emotionalen Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche unbestritten.

Gewalt ist gegenwärtig in den Medien in vielen Programmformen präsent: In Spielfilmen, TV-Serien, Comics, in sensationsorientierten Reportagen und sogenannten „Reality“-Programmen. Gewalt findet aber auch in Nachrichten statt und — als verbale Aggression — in Diskus-

**Die CDU fordert eine Änderung des Staatsvertrages über den Rundfunk im geeinten Deutschland.**

sionssendungen, wo anstelle politischer Meinungsbildung „Brüllorgien“ veranstaltet werden. Nicht zuletzt der Videomarkt ist ein Sektor, auf dem sich der Gewaltanteil besorgniserregend erhöht hat.

Gewalt und Aggression sind heute ein unübersehbarer Bestandteil des deutschen Fernsehprogramms, und die Tendenz ist steigend. Hier sind beide Teile des dualen Systems betroffen, aber insbesondere die neuen Programmformen der Privaten haben eine Ausweitung des Gewaltanteils herbeigeführt.

## ● Verantwortung von Eltern und Medienpädagogik

Der Staat kann nicht alles regeln, er kann deshalb weder Eltern noch Fernsehveranstalter und Filmproduzenten aus ihrer besonderen Verantwortung entlassen. Die Eltern haben im Rahmen ihrer Erzie-



hungsaufgabe verantwortlich zu handeln, um ihre Kinder vor schädlichen Medieninflüssen zu bewahren. Eltern, Kindern und Jugendlichen muß durch zielgerichtete Maßnahmen, durch Aufklärungsarbeit und ein verbessertes inhaltliches Angebot der richtige Umgang mit den Medien nahegebracht werden.

Die Medien sind Bestandteil des Alltagslebens der jungen Menschen. Dem erzieherischen Jugendschutz kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Beim Zusammenwirken von Erziehung, Bildung und Jugendarbeit müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Kindern und Jugendlichen die Chance einer positiven Persönlichkeitsentfaltung ermöglichen.

Medienpädagogik muß eine wichtige Aufgabe für Eltern, Kindergärten und Schulen, Träger der Jugendarbeit und für Erwachsenenbildungsstätten werden. Sie sollte Angebote unterbreiten, die jungen Menschen, aber auch deren Eltern dabei helfen, verantwortungsbewußt und kreativ mit Medien umzugehen und deren Inhalte richtig zu verarbeiten und einzuordnen.

### ● **Selbstverantwortung der Fernsehveranstalter und Produzenten**

Aus der im Grundgesetz gewährleisteten Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) folgt die Selbstverantwortung der Fernsehveranstalter und der Produzenten von Fernsehprogrammen.

Es bedarf daher einer sofortigen und umfassenden Anstrengung, um zu einer Konvention der Verantwortlichkeit aller gestaltenden Kräfte im Medienbereich zu kommen. An ihr haben sich alle Fernsehveranstalter in Deutschland und alle mit der Produktion oder dem Vertrieb von Sendungen oder Bildträgern befaßten Firmen oder Einrichtungen zu beteiligen.

Zur Erarbeitung dieser Konvention ist eine Arbeitsgruppe aus den genannten Beteiligungen einzuberufen.

Das inhaltliche Ziel muß sein, sich auf einen wirksamen, allgemein anerkannten Verhaltenskodex für Bildschirmpräsentationen zu einigen, durch welchen der billigend in Kauf genommenen Gefährdung von Jugend und Gesellschaft durch Gewalt in den Medien ein Riegel vorgeschoben wird. Die Konvention der Verantwortlichkeit sollte ein Abkommen der Fernsehveranstalter und Produzenten sein, in dem die Grenzen der Darstellung von Gewalt und Sexualität im Fernsehen festgelegt sind und damit eine freiwillige Selbstbeschränkung erfolgt.

Hierbei sind folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Jegliche Nachrichten und Berichterstattungen über Gewalthandlungen sollte nur in angemessenem Umfang und auf sachliche, möglichst zurückhaltende Weise erfolgen.
- Die Schilderung von Gewalt sollte allenfalls mit dem Ziel erfolgen, den Zuschauer gegen die Gewalt einzunehmen, soweit sie nicht — insbesondere im Hinblick auf das staatliche Gewaltmonopol — als letztes und äußerstes Mittel zur Konfliktlösung rechtlich geboten und zulässig ist.
- Reißerische Gewaltdarstellungen, die primär der Befriedigung von Sensationslust oder voyeuristischen Interessen dienen, müssen unterbleiben.
- Entwürdigende Darstellungen von Gewalt gegen Frauen und Degradierung von Frauen (z. B. in Pornographie und Werbung) sind zu vermeiden.
- **Verbesserung des Jugendschutzes**

Die CDU fordert eine Änderung des Staatsvertrages über den Rundfunk im



## Aus dem Veröffentlichungsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung

### Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland — Lehr- und Lernstücke

Dokumentation einiger während eines Eichholzer Forums gehaltener Vorträge

Einige der Beiträge:

- Denkmalschutz und Denkmalpflege heute — Einige Aufgaben und Probleme aus der Sicht des Konservators (Dr. Eberhard Grunsky, Münster)
- Probleme der Restaurierung und Konservierung historischer Glasmalereien (Prof. Dr. Arnold Wolff, Köln)

- Denkmalpflege in der Praxis — Qualitätsanforderungen und Qualifikationsmöglichkeiten (Prof. Dr. Udo Mainzer, Brauweiler)
- Die Ausbildung zum Diplom-Restaurator an der Fachhochschule Köln (Prof. Dr. Karl Ludwig Dasser, Köln)
- Rechtliche, steuerliche und konservatorische Probleme eines privaten Denkmaleigentümers (Godehard Graf von und zu Hoensboech, Türrnich)

**Das Heft gibt ab: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Eichholz, Postfach 1331, W-5047 Wesseling**

vereinten Deutschland. Danach dürfen Sendungen, die ganz oder im wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften aufgenommen sind, auch nach 23.00 Uhr nicht verbreitet werden.

Es ist sicherzustellen, daß für jugendgefährdende Sendungen, die erst in Spätprogrammen zulässig sind, tagsüber nicht in Trailern mit Szenen geworben werden darf, die zur Indizierung Anlaß gaben.

### ● Ausschöpfung der Kontrollmöglichkeiten

Die CDU fordert, daß alle bisherigen rechtlichen Möglichkeiten, die der Rundfunkstaatsvertrag und die Landesmediengesetze bieten, um gegen Gewalt in den Medien vorzugehen, konsequent durch die Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Landesmedienanstalten angewandt werden. Die bestehende Möglichkeit, Geldbußen bis zu 500.000 DM zu verhängen, wenn

vorsätzlich oder fahrlässig im Privatfernsehen Sendungen verbreitet werden, die den Krieg verherrlichen oder offensichtlich geeignet sind, Kinder oder Jugendlichen sittlich schwer zu gefährden, muß von den Landesmedienanstalten einheitlich und tatsächlich genutzt werden.

### ● Einrichtung eines Sachverständigenrates

Analog zum „Rat der fünf Weisen“, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sollte auch für den Medienbereich ein hochrangig besetztes Gremium eingerichtet werden. Seine Aufgabe besteht darin, die Entwicklung im öffentlich-rechtlichen sowie im privaten Fernsehprogramm zu beurteilen und einmal jährlich einen Bericht vorzulegen. Dieser Sachverständigenrat hat selbst keine direkte Kontrollfunktion mit Sanktionsmöglichkeiten, sondern sollte ein „Mediengewissen“ darstellen. Die Mitglieder des Rates werden vom Bundespräsidenten berufen.



# Die Diskussion versachlichen

Für den 1. Juli 1993 hat die DBP POSTDIENST das Inkrafttreten des neuen Postleitzahlensystems vorgese-  
hen. Seit der öffentlichen Bekannt-  
gabe der einzelnen Postleitzahlen  
(PLZ) vor wenigen Tagen ist das Post-  
unternehmen heftiger, gelegentlich  
auch unsachlicher und überzogener  
Kritik ausgesetzt.

Gerhard O. Pfeffermann, Vorsitzender  
der Arbeitsgruppe Post und Telekommu-  
nikation der CDU/CSU-Bundestagsfrak-  
tion: Vor diesem Hintergrund gilt es,  
zunächst einmal festzuhalten: Wir brau-  
chen die neue fünfstellige PLZ. Mit der  
Wiedervereinigung Deutschlands sind  
zwei unterschiedliche PLZ-Systeme  
zusammengeführt worden, nicht zuletzt  
infolge von rund 800 Überschneidungen Zusatzkenn-  
zeichnungen (W/O), selbst in Berlin,  
erforderlich geworden sind. Ein Problem,  
das mit der vierstelligen Postleitzahl nicht  
in den Griff zu bekommen ist.

Darüber hinaus wird sich das neue  
System — nach der notwendigen Über-  
gangszeit — gegenüber der bisherigen  
PLZ insgesamt als kundenfreundlicher  
erweisen. Ermöglicht doch die neue Post-  
leitzahl durch ihren fünfstelligen Schlüs-  
sel eine direkte Zuordnung über die  
Städte und Gemeinden hinaus bis zur  
Zustellung, zum Postfachschrank oder  
einem Großkunden. Das vereinfacht die  
gesamte Auslieferung und macht sie  
zuverlässiger: Die Zahl der Sendungen,  
die den Empfänger bereits am Tag nach  
der Einlieferung erreichen, wird steigen.  
Kritiker seien in diesem Zusammenhang  
daran erinnert, daß eine optimale Beför-  
derungszeit auch nach dem bisherigen

System über die Angabe der (vierstelli-  
gen) PLZ hinaus weitere Angaben des  
Absenders forderte, etwa die Kennzeich-  
nung eines bestimmten Stadtteiles (z. B.  
6000 Frankfurt/Main 21). Derartige  
Angaben werden mit Einführung der  
neuen PLZ überflüssig.

Der einer übertrieben freundlichen Ein-  
stellung zur Deutschen Bundespost  
sicherlich unverdächtige Vorsitzende des  
Verbandes der Postbenutzer begrüßt das  
neue System, da die seitherigen Ungenau-  
igkeiten von Postbeamten zeitaufwendig  
korrigiert werden mußten.

Das neue System ist kunden-  
freundlicher. Es ermöglicht  
eine direkte Zuordnung bis  
zum Postfachschrank oder  
zu einem Großkunden.

Mit anderen Worten: Fehlleitungen kön-  
nen leichter vermieden, die Zustellung  
wird insgesamt schneller werden. In wei-  
terer Folge wird sich ein gewisses Ratio-  
nalisierungspotential ergeben, das inter-  
essanterweise von den heftigsten Kriti-  
kern der neuen Postleitzahl bereits vor  
deren Realisierung vorhergesagt wurde.

Alles in allem: Das neue PLZ-System ist  
den Bedürfnissen des größer gewordenen  
Deutschland angemessen. Nicht zu leug-  
nende handwerkliche Mängel, die teil-  
weise vermeidbar waren, teilweise aber  
auch — wie beispielsweise Druckfehler  
— geradezu zwangsläufig auftreten muß-  
ten, können beseitigt werden, ohne daß  
das System insgesamt in Frage gestellt  
werden müßte. ■



# EAK-Forum: Dem Frieden dienen

**Über ethische Aspekte einer neuen Sicherheitspolitik diskutierten am 15. Februar 1993 auf Einladung des EAK Karl Lamers, Pfarrer Axel Noack, Militärgeneraldekan Johannes Ottemeyer und Vizeadmiral Ulrich Weisser. Die Bundesvorsitzende des EAK, Angela Merkel, sagte in ihrer Einführung:**

Für Deutschland haben sich die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Handelns nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in ganz besonderer Weise verändert. Es ist nicht mehr geteilt, es hat seine volle Souveränität zurückgewonnen und hat damit die Chance und die Aufgabe, den Weg der „Normalität“ zu gehen.

Das heißt: Die deutsche Sondersituation, wie sie über mehr als 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden hatte, ist überwunden. Damit hat sich aber auch jede Sonderaußenpolitik, jene besondere Rücksichtnahme, formuliert aus den Notwendigkeiten des geteilten Landes, überlebt. Deutschland findet sich als gleichberechtigter, aber auch gleichverpflichteter Partner beim Aufbau der Neuen Weltordnung wieder.

Damit stellen sich für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gerade auch in Anbetracht der zahlreichen schrecklichen Konflikte wie in Angola, Somalia, aber insbesondere auch im ehemaligen Jugoslawien eine Reihe von ethischen Fragen, die vor 1989 nicht beantwortet werden mußten. Es geht nicht mehr nur um Notwehr, es geht jetzt auch um Nothilfe, und das auch außerhalb des Gebiets der westlichen Allianz.

Dies löst eine Reihe von ganz grundsätzlichen Fragen aus. Über das Recht auf militärische Selbstverteidigung gibt es in Deutschland einen breiten politischen

und gesellschaftlichen Konsens. Schwieriger wird die Diskussion, wenn es um die sogenannten friedensschaffenden Maßnahmen geht, die unter Umständen ein direktes Eingreifen in kriegerische Konflikte in anderen Staaten bedeuten. Hier nimmt der Streit zwischen den politischen Parteien angesichts fortgesetzten Mordens mitten in Europa teilweise groteske Züge an. Durch Ausweichen in formale Argumente werden wir als Politiker in diesem Streit nicht bestehen.

## Nicht mehr nur Notwehr, sondern auch Nothilfe

Und wir müssen wissen: Auch das Nicht-handeln im Falle erforderlicher Hilfe muß ethisch verantwortet werden. Der Präses der rheinischen Kirche, Peter Beier, hat kürzlich in einem Interview mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt klar und deutlich formuliert: „Ein Christ darf nicht zugucken, wie das Haus der Nachbarn von einer Bande Krimineller überfallen wird, und er hält seine Tür geschlossen und greift nicht ein.“

... Gewalt zu verbieten, bedeutet noch nicht, Gewalt zu verhindern“, formulierte auch der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Engelhardt, auf der letzten EKD-Synode im November in Suhl. Und er ergänzte weiter: „Rechtlich wie ethisch gilt also: Im Grenzfall kann die Anwendung militärischer Gewalt zur Abwehr von Agression, Friedensbrüchen und -bedrohungen notwendig werden.“

Ethik fragt nach Normen, die über den Einzelfall hinaus Gültigkeit haben, nach Bestimmungsgründen, die entsprechend der kantischen Formel zu „allgemeinen Gesetzen“ werden können. Lassen sich solche allgemeinen Kriterien für Nothilfe finden?



# Resolution zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik, Otto Hau-  
 vom Bundesfachausschuß verabschiedete Resolution vorgestellt.

Alle Friedensbemühungen, den Krieg im  
 ehemaligen Jugoslawien zu beenden, sind  
 bisher ohne Erfolg geblieben. Die Euro-  
 päische Gemeinschaft, die USA und die  
 Vereinten Nationen sind aufgefordert,  
 ihre Anstrengungen zu intensivieren,  
 zusammen mit den Konfliktparteien auf  
 dem Verhandlungswege eine Beendigung  
 und insbesondere eine Ausbreitung des  
 Krieges mit für alle Seiten annehmbaren  
 Bedingungen herbeizuführen. Unabhän-  
 gig vom Ausgang der Verhandlungen  
 geht das Morden im Kriegsgebiet unver-  
 mindert weiter.

Der Bundesfachausschuß Sicherheitspoli-  
 tik der CDU Deutschlands ruft daher die  
 UNO auf, folgende Schritte schnellst-  
 möglich in die Wege zu leiten:

1. Die vom UN-Sicherheitsrat beschlos-  
 senen Sanktionen gegen die Bundesrepu-  
 blik Jugoslawien müssen mit aller Ent-  
 schlossenheit kontrolliert und durchge-  
 setzt werden.

Alle Versuche, dieses Embargo zu unter-  
 laufen, müssen — nötigenfalls mit dem  
 Einsatz militärischer Mittel — verhindert  
 werden. Dies gilt sowohl für die Seewege  
 via Adria und Donau/Schwarzes Meer  
 als auch für alle Landverbindungen. Die  
 Grenzen zur Bundesrepublik Jugoslawien  
 müssen dazu unter die Kontrolle der  
 UNO gestellt werden. Die Kontrollmaß-

nahmen könnten von einem WEU-Ver-  
 band durchgeführt werden.

2. Das UN-Waffenembargo gegen Bos-  
 nien-Herzegowina muß aufgehoben wer-  
 den.

Während Serbien und Montenegro, also  
 die Reststaaten der jugoslawischen Bun-  
 desrepublik, über alle schweren Waffen  
 und Flugzeuge der ehemaligen jugoslawi-  
 schen Volksarmee verfügen, können sich  
 die muslimischen Bosnier fast nur mit  
 leichten Infanteriewaffen verteidigen und  
 sind machtlos gegen Panzer und schwere  
 Artillerie. Die internationale Staatenge-  
 meinschaft darf dem bosnischen Volk das  
 Recht auf Selbstverteidigung nicht länger  
 verweigern.

3. Das vom UN-Sicherheitsrat verhängte  
 Flugverbot über Bosnien-Herzegowina  
 muß mit allen Mitteln durchgesetzt wer-  
 den.

In diesem Zusammenhang bekräftigen  
 wir unsere Auffassung, daß eine Beteili-  
 gung deutscher Soldaten im Rahmen der  
 AWACS-Aufklärungsflüge nicht nur ver-  
 fassungskonform ist, sondern auch die  
 Bündnisfähigkeit Deutschlands unter  
 Beweis stellt.

4. Die Verantwortlichen für die „ethni-  
 schen Säuberungen“ und Massenverge-  
 waltigungen müssen vor ein internatio-  
 nales Tribunal gestellt und verurteilt wer-  
 den.

Für diese Anklage muß schnellstmöglich  
 ein Dokumentationszentrum von der  
 UNO eingerichtet werden. ■



# Mit Entwicklungshilfe gegen die Ursachen von Katastrophen und Flüchtlingsströmen

**Zum Verhältnis von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses Entwicklungspolitik der CDU, Hans-Peter Repnik, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:**

**1.** Angesichts weltweit zunehmender Katastrophen und Flüchtlingsströme kommt der Entwicklungszusammenarbeit wachsende Bedeutung zu. Nach Schätzungen internationaler Organisationen wurden bei Naturkatastrophen in den vergangenen zwei Jahrzehnten rd. 3 Millionen Menschen getötet. 800 Millionen waren von ihnen betroffen. Die dabei verursachten ökonomischen Schäden beliefen sich auf rd. 30 bis 50 Milliarden Dollar pro Jahr.

Neben Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Vulkanausbrüchen treten immer mehr Katastrophen auf, die von Menschen verursacht werden: Die Abholzung großer Waldgebiete führt zu Bodenerosion und Überschwemmungen: Fehlerhafte oder übermäßige Landnutzung und Störungen des Wasserhaushalts zerstören Acker- und Weideland. In den 80er Jahren waren allein in der Sahel-Zone davon 253 Millionen Menschen betroffen. Weltweit sind nach jüngsten Schätzungen rd. 900 Millionen Menschen durch Wüstenausdehnung und Versteppung in ihrer Existenzgrundlage bedroht. Der Treibhauseffekt bewirkt einen Anstieg des

Meeresspiegels, der den Lebensraum von hunderten Millionen Menschen in dicht besiedelten Küstengebieten und Flussmündungen vernichtet. Hinzu kommen Umweltschäden durch atomare Verstrahlung ganzer Regionen sowie Krieg und Bürgerkriege, die zum wirtschaftlichen Niedergang und Hunger in zahlreichen Ländern führen.

Von Katastrophen betroffene Menschen sind immer auch potentielle Flüchtlinge. Mit der Zunahme von Katastrophen steigt auch die Zahl der Flüchtlinge. Derzeit sind es 17 bis 20 Millionen weltweit.

**2.** Es ist Teil unserer politischen und moralischen Verantwortung, Menschen, die durch Katastrophen in Not geraten sind oder sich deshalb auf der Flucht befinden, zu helfen. Dies liegt auch in unserem ureigensten Interesse.

Dies geschieht im Rahmen humanitärer Soforthilfe und der Flüchtlingshilfe. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet durch Nahrungsmittelhilfe, durch Unterstützung von Aufnahmeländern in der jeweiligen Region bei der Bewältigung der Fluchtfolgen, durch Hilfe beim Wiederaufbau und durch Reintegration von Flüchtlingen einen wichtigen Beitrag.

Entwicklungszusammenarbeit hilft auch — wie z. B. durch Einführung erdbebenstärkerer Bauweisen in gefährdeten Regionen oder durch Förderung von Frühwarnsystemen — die Folgen nicht vermeidbarer Katastrophen abzumildern.



Entscheidend ist jedoch, daß die von Menschen bewirkten Ursachen für Katastrophen und Flucht bekämpft werden. Hier liegt die zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik. Dies geschieht durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erhaltung des tropischen Regenwalds, zur Bekämpfung fortschreitender Wüstenausdehnung, im Rahmen ländlicher Entwicklungsprogramme und bei Vorhaben, die den Erosionsschutz und das Wassermanagement in den Vordergrund stellen. Die Schwerpunktsetzung der deutschen Entwicklungspolitik: Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Ausbildung dient ganz wesentlich der Bekämpfung der Ursachen von Katastrophen- und Flüchtlingsursachen. Dies gilt auch für die Einbindung der Entwicklungszusammenarbeit in unsere aktive Friedens- und Menschenrechtspolitik.

3. Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU, der sich mit dem Verhältnis von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe befaßt hat, hat folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Auch angesichts knapper finanzieller Mittel darf die Entwicklungszusammenarbeit, die dem Aufbau nachhaltiger Strukturen dient und die Ursachen von Katastrophen und Flüchtlingsströmen

bekämpft, nicht zugunsten der unbestritten erforderlichen, aktuellen Not- und Überlebenshilfe verringert werden.

- Entsprechend dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe hat die Förderung von Maßnahmen und Organisationen der Katastrophenvorbeugung und des Katastrophenschutzes in den betroffenen Ländern Vorrang vor dem Auf- und Ausbau internationaler Organisationen. Dies gilt auch für die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen vor dem Aufbau neuer staatlicher Institutionen.

- Erforderlich ist eine bessere Koordination auf internationaler und nationaler Ebene. Die Einsetzung eines „Beauftragten der Bundesregierung für humanitäre Hilfe im Ausland“ und der Ende 1991 gegründete „Gesprächskreis humanitäre Hilfe“ müssen jetzt ihre Wirksamkeit beweisen.

- Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen — wo immer möglich — aufeinander abgestimmt werden. Insbesondere müssen die längerfristigen Wirkungen bei der Soforthilfe stärker berücksichtigt werden. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollte verstärkt der Aufbau von Selbsthilfeorganisationen im Bereich der Katastrophenvorbeugung gefördert werden.

## Opel sucht noch 500 Facharbeiter für neues Eisenacher Werk

**Rund fünf Monate nach Eröffnung des neuen Werkes in Eisenach sucht die Opel Eisenach GmbH noch mehr als 500 Facharbeiter.**

Die Mitarbeiter würden für den Start des Drei-Schicht-Betriebes im Oktober dieses Jahres gebraucht, teilte das Unternehmen mit. Vor der Arbeitsauf-

nahme in dem nach Opel-Angaben modernsten europäischen Autowerk müssen Interessenten einen elfwöchigen Vorbereitungslehrgang durchlaufen. Das Werk, das für eine Jahreskapazität von 150.000 Autos ausgelegt ist, soll bei voller Auslastung etwa 2.000 Mitarbeiter beschäftigen.



# Rot-Grün in Niedersachsen leistet dem Rechtsextremismus Vorschub

**Zu der Eilentscheidung des Verwaltungsgerichtes Hannover vom 8. Februar 1993, dem Land Niedersachsen die nachrichtendienstliche Beobachtung der Republikaner durch den Landesverfassungsschutz zu verbieten, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:**

Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen fällt mit ihrer Gerichtsniederlage gegen die Reps nun in das juristische Loch, das sie sich mit ihrem neuen Verfassungsschutzgesetz im Oktober 1992 selbst gegraben hatte.

Das Gericht stützte sich bei seiner Entscheidung ausdrücklich auf die neuen Bestimmungen des niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, nach denen das dortige Landesamt für Verfassungsschutz nur noch extremistische Gruppierungen beobachten darf, die Gewalt anwenden wollen oder sich in „aktiv kämpferischer, aggressiver Weise“ gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigen.

Die Überwachung zahlreicher verfassungsfeindlicher Organisationen, die sich aus Tarnungsgründen in der Regel in ihren öffentlichen Aktivitäten eben nicht militant artikulieren, wurde damit abgeschafft.

Die rot-grüne Landtagsmehrheit hatte sich bei der Verabschiedung dieses Gesetzes im Oktober 1992 über massive Bedenken der Bundesregierung hinweggesetzt. Das Bundesinnenministerium hatte in drei Schreiben am 31. 5. 1991, am 9. 3. 1992 und zuletzt am 28. 9. 1992 darauf hingewiesen, daß in Niedersachsen nach dem neuen Gesetz zukünftig die Mehr-

zahl der extremistischen Organisationen, wie z. B. die Reps, NPD und DVU, aber auch zahlreiche linksextremistische Gruppen nicht mehr beobachtet werden dürften.

Niedersachsen — so die Bundesregierung — unterschreite mit dem Gesetz den bundesweit gültigen Mindeststandard für die Überwachung von Verfassungsfeinden, der aufgrund des Bundesverfassungsschutzgesetzes für alle Bundesländer rechtsverbindlich ist.

## Peinliche Niederlage

Die rot-grüne Koalition des Herrn Schröder in Niedersachsen leistet mit ihrer peinlichen Gerichtsniederlage dem Rechtsextremismus Vorschub und verhilft den Hintermännern, Schreibtischtätern und Sponsoren ausländerfeindlicher Krawalle damit zum gerichtlich bestätigten Anschein demokratischer Parteien. Man darf gespannt sein, ob nun nicht auch neonazistische Organisationen wie NPD und DVU, die seit Jahren dumpfen Ausländerhaß und Antisemitismus predigen, vor Gericht ziehen werden.

Niedersachsen bietet mit seinem Verfassungsschutzgesetz die besten Standortbedingungen für braunes Zündeln, denn der dortige Verfassungsschutz muß ja wegsehen.

Ich fordere den niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder auf, das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz umgehend zu novellieren und sich damit wieder in die Phalanx aller Bundesländer und des Bundes einzureihen, die die nachrichtendienstliche Beobachtung der Republikaner im Dezember 1992 einstimmig beschlossen hatten.



„Probleme mit der Wirklichkeit“:

# Die SPD lag immer genau daneben

„Bei den großen politischen Streitfragen der letzten zwei Jahre lag die SPD leider immer genau daneben.“ Mit diesem vernichtenden Urteil ging der Vorsitzende der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, mit seiner eigenen Partei ins Gericht (Die Welt, 10. 2. 93)

„Unsere Argumentationsmuster von früher passen heute weitgehend nicht mehr. Wir müssen unsere Grundpositionen in vielen politischen Fragen neu formulieren. In den letzten zehn Jahren hat die SPD zwar ein Programm nach dem anderen geschrieben, sie alle waren jedoch nichts anderes als Formelkompromisse, mit denen die Bürger und die Mitglieder der SPD wenig anfangen konnten.“

Schonungslos führt Farthmann eine Liste von politischen Themen auf, bei denen die SPD versagt hat: „Bejahung der deutschen Einheit, Rechtfertigung des Golfkrieges, Asyldebatte, Bundeswehreinsetzung in internationalen Friedensaktionen.“

Während die SPD den Solidarpakt zu einem reinen Verteilungskampf verkommen lassen will und den Sozialneid damit schürt, vermeintlich Besserverdienende zu schröpfen, fordert Farthmann: „Die Bürger müssen jetzt wissen, daß es auf viele Jahre keine Wohlstandsvermehrung mehr geben wird.“

## Blockadehaltung aufgeben

Die SPD müsse einsehen, so Farthmann weiter, daß über ihre bisherigen Positionen „die Zeit hinweggeht“. Die SPD müsse daher ihre Blockadehaltung auf den verschiedenen Feldern aufgeben.

Farthmann analysiert: „Das darf uns aber nicht zu einer totalen Verweigerung veranlassen.“ Er fordert eine grundlegende Neuorientierung der SPD: „Um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, müssen wir unsere politischen Ziele neu bestimmen.“

Ähnlich hart kritisierte auch die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herta Däubler-Gmelin, ihre eigene Partei: „Wir sind im Moment nicht in bester Verfassung“, erklärte sie in einem Interview, „nach außen wirkt manches beliebig.“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 12. 2. 93)

„Die SPD benennt sich jetzt um in GUS: Gemeinschaft Unabhängiger Sprecher“, spotten bereits die Bonner Journalisten über das Wirrwarr bei den Sozialdemokraten (Neue Zeit, 15.2.93).

## Abwanderung aus der Fraktion

So zeigen denn auch schon eine ganze Reihe von namhaften SPD-Vertretern Abwanderungsgelüste aus der Bundestagsfraktion. Finanzexpertin Matthäus-Maier, einst von der FDP zur SPD gewechselt, ist im Gespräch für einen erneuten Wechsel zur nordrhein-westfälischen Landeszentralbank. SPD-Wirtschaftssprecher Roth wird in Kürze sein neues Amt als Direktor der Europäischen Entwicklungsbank in Luxemburg antreten. Frau Däubler-Gmelin und der ehemalige Justizminister Schmude wollen zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Auch der SPD-Sozialexperte Dreßler dachte in den vergangenen Wochen laut über einen Rücktritt nach. ■



## Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden

# Anerkennungs-Medaille „Deutsche Einheit – Aufbau neue Länder“

Seit nunmehr drei Jahren können private Investitionen in der ehemaligen DDR, den fünf jungen Bundesländern getätigt werden. Außerordentlich tüchtige und wagemutige Menschen aus dem Westen haben sich engagiert und haben risikoreiche Investitionen vorgenommen. Zehntausende aus den alten Bundesländern haben in den jungen Ländern mit angepackt, unter oft sehr schwierigen und schwersten Bedingungen.

Doch das Wirken dieser Menschen, das unverzichtbar ist, damit die innere Einheit unseres Vaterlandes hergestellt wird, hat wenig Beachtung gefunden.

Andererseits wurden Negativ-Meldungen über die Wiederherstellung der Deutschen Einheit zu einem Modethema. Besonders die elektronischen Medien wetteifern mit Krisen- und Katastrophenmeldungen. Diese nicht ausgewogene Informationspolitik ist ärgerlich und deprimierend.

Besonders dann, wenn Aufbauleistungen und Erfolge täglich deutlicher werden und unsere Landsleute in den jungen Bundesländern 40 Jahre Blockade persönlicher Initiative sprengen.

„Schlechtwettermeldungen aus dem Osten“ zeigen genausowenig Empfindsamkeit für Mitmenschen, wie manche überzogene Erfolgsmeldungen. Insgesamt fehlt die Beachtung und Anerkennung der persönlichen Aufbauleistung, der patriotischen Tat. Hunderte verantwortungsvolle Investoren alleine aus unserer Region Flensburg/Schleswig konnte ich

in den vergangenen drei Jahren in meiner Eigenschaft als Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages begleiten.

Ich bin der Auffassung, daß es an der Zeit ist, beispielhafte Aufbauleistungen mit einer Auszeichnung anzuerkennen. Es ist auch an der Zeit, weitere Menschen aus unserer Region zu Investitionen in

Von Wolfgang Börnsen,  
Mitglied des  
Wirtschaftsausschusses des  
Deutschen Bundestages

den Aufbau Ost zu ermutigen. Gefragt ist die Tat, die Verstehen und Verständnis füreinander fördert.

### Grundsätze für die Auszeichnung:

1. Diese Auszeichnung wird an Personen, Unternehmen, Vereine und Institutionen aus der Region Flensburg-Schleswig verliehen, die aktiv, anhaltend und umsichtig Beispiel geben und sich mit sozialer Verantwortung am Aufbau in den jungen Bundesländern beteiligen.
2. Vorschlagsberechtigt sind die Bürgerinnen und Bürger aus der Region Flensburg-Schleswig, den jungen Bundesländern, aber auch Verbände, Vereinigungen und Vertreter öffentlicher Einrichtungen. In den schriftlich einzureichenden Vorschlägen sind Namen und Anschriften der vorgeschlagenen Personen/Institutionen



**Zehn Jahre  
Bundeskanzler  
Helmut Kohl**

**Seit 1. Oktober 1982 ist  
Helmut Kohl Bundes-  
kanzler.**

Zehn Jahre Bundeskanzler Helmut Kohl haben uns im letzten Jahr dazu angeregt, zur Erinnerung und als

Geschenk eine Medaille herauszugeben.  
In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Dazu kommen Porto- und Versandkosten.  
Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto-

und Versandkosten) auch in einer Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt in dieser Version 50 mm.

Bestellungen richten Sie bitte an die Union Betriebs-GmbH oder direkt an deren Betriebsbereich:

Bonner Werbe-GmbH  
Postfach 15 05  
Konrad-Adenauer-Haus  
5300 Bonn 1



nen ebenso anzugeben wie eine Kurzdarstellung der vorliegenden Leistungen und, falls möglich, eine weitere Referenz.

**3.** Die Auswahl wird von einer unabhängigen Jury vorgenommen, die sich aus anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Region Flensburg-Schleswig zusammensetzt. Einen Rechtsanspruch auf deren Urteil gibt es nicht. Die Jury kann weitere Fachleute — auch aus den jungen Bundesländern — zur Beratung hinzuziehen.

**4.** Die Ausschreibung erfolgt öffentlich. Die Verleihung der Medaillen findet anlässlich des Jahrestages der ersten freien Volkskammerwahl am 17. März

1990 statt. Mit diesem Datum wurde eine innerdeutsche wirtschaftliche Kooperation erstmals möglich. Die erstmalige Auszeichnung erfolgt am Montag, den 22. März 1993. Die Ausschreibung und Auszeichnung erfolgt jährlich.

**5.** Es können bis zu vier Auszeichnungen sowie eine Sonderanerkennung vorgenommen werden. Neben der Medaille erhalten die Preisträger ein Sachpräsent.

**6.** Gestiftet und verliehen wird die Medaille „Deutsche Einheit — Aufbau neue Länder“ von Wolfgang Börnsen (Börnstrup), MdB, Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages.



# Kommission bestätigt Notwendigkeit staatlicher Parteienfinanzierung

**Anlässlich der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Parteienfinanzierung erklärte die Bundesschatzmeisterin der CDU, Brigitte Baumeister am 17. Februar:**

Die CDU begrüßt, daß der Bericht der Kommission zur Parteienfinanzierung heute vorgelegt worden ist. Er enthält umfangreiche Vorschläge zur künftigen Ausgestaltung der öffentlichen Finanzierung der Parteien in Deutschland. Damit ist nochmals das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 nachdrücklich bestätigt worden, daß die Arbeit der Parteien aus staatlichen Mitteln finanziert werden darf.

Die Kommission hat dankenswerterweise durch ihre Empfehlungen noch einmal die herausgehobene Stellung der Parteien

im Grundgesetz und die ihnen vom Gesetzgeber im Parteiengesetz übertragenen Aufgaben ausdrücklich bekräftigt. Daraus ergibt sich die politische Notwendigkeit, den Parteien auch eine angemessene Finanzierung zu gewähren. Nur so können sie die ihnen übertragenen Informations- und Mitwirkungspflichten bei der politischen Willensbildung erfüllen. Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Bürger und seinen Staatsorganen.

Die von der Kommission vorgeschlagene Umstellung der Parteienfinanzierung würde jedoch zu wesentlich weniger Einnahmen bei den Parteien führen. Das hätte notwendigerweise erhebliche Konsequenzen zur Folge: vor allem für die Vielzahl von Wahlen im Wahljahr 1994 und den Aufbau der Parteienstruktur in den jungen Bundesländern.

## Das neue Buch zu Europa:

### Plädoyer für die europäische Währung

Die Ablehnungsfront gegen eine europäische Währung stützt sich in Deutschland vor allem auf die Angst vor dem Verschwinden der D-Mark. Ziel eines neuen vom stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Sälzer herausgegebenen Buches „Keine Angst vor dem ECU! Plädoyer für die europäische Währung“ ist daher, über die europäische Währung und ihre Bedeutung für Deutschland und Europa zu informieren, warum die europäische Währung gerade im deutschen Interesse liegt.

Der Band enthält u. a. Beiträge von Hans Tietmeyer zum Thema „Probleme einer europäischen Währungsunion und Notenbank“ und von Olaf Sievert zum Thema „Geld, das man nicht selbst herstellen kann — ein ordnungspolitisches Plädoyer für die Europäische Währungsunion“.

**Bernhard Sälzer (Hrsg.),  
Keine Angst vor dem ECU! Plädoyer für die europäische Währung, im Europa Union Verlag,  
Bonn 1993.**



Kommentar

# Parteifinanzen: Kommissionsbericht weist in die falsche Richtung

Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. April 1992 in einer richtungweisenden Entscheidung den Weg zu einem neuen, transparenten und realitätsbezogenen Weg der Parteienfinanzierung gewiesen. Das wichtigste war, daß das Gericht sein über 15 Jahre altes Diktum, öffentliche Finanzierung nur in Form von Wahlkampfkostenersatzung, aufgab und akzeptierte, daß Zuwendungen an die politischen Parteien Kosten der Demokratie sind. Zugleich verlangte das Gericht bei einer Neuordnung der Parteienfinanzierung die drei Kriterien Wahlerfolg, Mitgliederzahl und Spendenaufkommen angemessen zu berücksichtigen.

Der Bundespräsident hat daraufhin im Sommer 1992 eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für eine neue Parteienfinanzierung auf der Grundlage dieses Gesetzes erarbeiten sollte. Die Zusammensetzung der Kommission ließ aber schon damals Zweifel an ihrer Kompetenz aufkommen. Das Wort von der Laienspielschar lief nicht nur durch Bonn. Das jetzt vorliegende Ergebnis hat die schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Die wichtigsten Vorschläge der Kommission lauten:

- Für jede errungene Wählerstimme erhält jede Partei zusätzlich 0,90 DM aus öffentlichen Mitteln.
- Für jede 1, — DM Beitragsaufkommen oder je Spende erhält die Partei zusätzlich 0,20 DM aus öffentlichen Mitteln.
- Die Höchstgrenze für steuerlich absetzbare Zuwendungen — gleichgültig ob Beiträge oder Spenden — wird auf 2.000, —

DM (Ledige) und 4.000, — DM (Verheiratete) herabgesetzt.

- Die 0,20 DM aus öffentlichen Mitteln für Beiträge und Spenden werden nur in der Höhe der steuerlich abzugsfähigen Zuwendungen gezahlt.
- Die Publizitätspflicht für Spenden soll auf 20.000, — DM festgelegt werden.
- Die Kreditaufnahme der Parteien wird auf 40 Prozent ihres Beitragsaufkommens begrenzt; die Gläubiger und die Darlehens-

**Prof. Werner Kaltefleiter,  
Universität Kiel, im  
General-Anzeiger (Bonn)  
vom 18. Februar 1993**

konditionen sind zu veröffentlichen (wie steht es mit dem Datenschutz und dem Bankgeheimnis?).

- Die Zuwendungen aufgrund jeder Wählerstimme erfolgen bei Bundes- und Europawahl an die Bundespartei, bei Landtags- und Gemeindewahlen an die Landesverbände.
- Die Zuwendungen für die Spenden erhält die Organisationsstufe, die die Spenden eingeworben hat.

Die Problematik dieser Vorschläge liegt mindestens in drei Punkten:

- 1.** Die Vorschläge bedeuten eine Strangulierung der Bundesparteien, die nach diesem System nur noch ca. 50 Prozent der bisherigen Zuwendungen erhielten. Ähnli-



ches gilt für die Landesparteien. Die Kommission schlägt einen vertikalen Finanzausgleich in den Parteien vor. Dieser Vorschlag geht an der Realität der Organisationsstruktur jeder Partei vorbei.

**2.** Die Subventionierung jeder Wählerstimme mit 0,90 DM, jeder Spende oder Beitragszahlung mit 0,20 DM widerspricht vollständig den Intentionen des Bundesverfassungsgerichtes und dem Gedanken einer auf Mitwirkung der Bürger basierenden Demokratie: Niemand wählt eine Partei, weil sie für seine Stimme 0,90 DM bekommt, und niemand wird seinen Beitrag oder seine Spende leisten, weil die Partei dafür nur 0,20 DM bekommt. Die Relationen sind daher total falsch angesetzt.

**3.** Die Reduktion der steuerlich abzugsfähigen Zuwendungen (gleichgültig ob Beiträge oder Spenden) auf 2.000,—/4.000,— DM bedeutet einen Rückfall auf die Rechtslage von 1979, als die Grenze 1.200,—/2.400,— DM betrug. Unter Berücksichtigung des seitdem gestiegenen Nominaleinkommens sind 2.000,—/4.000,— DM weniger als damals 1.200,—/2.400,— DM. Das Verfassungsgericht hatte gefordert, daß die abzugsfähige Spendenhöhe nicht die Möglichkeiten eines Durchschnittsverdieners überschreiten dürfe. Nimmt man das Kriterium der SPD, daß das Durchschnittseinkommen mit 60.000,— DM endet, so ist es absurd anzunehmen, daß man mit einem Jahreseinkommen von 60.000,— DM nicht mehr als 2.000,— DM steuerlich abzugsfähig der Partei seiner Wahl zuwenden könnte. Das Zustandekommen dieses Vorschlages ist durch die Zusammensetzung der Kommission leicht nachzuvollziehen. Man muß nach Beispielen in der Bundesrepublik Deutschland suchen, um ein Dokument zu finden, das durch einen solchen Antiparteienaffekt gekennzeichnet ist. Das geht bis in die Terminologie: Die Kosten der

Demokratie werden polemisch Politikfinanzierung genannt.

Dennoch hat dieser Bericht etwas Gutes: Der Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers ist durch diesen realitätsfremden Vorschlag wieder viel größer geworden, als wenn die Kommission einen ernstzunehmenden Bericht vorgelegt hätte. Der Nachteil ist, daß durch die Arbeit der Kommission ein dreiviertel Jahr verlorengegangen ist, in dem der Gesetzgeber mit Sorgfalt und Sachverstand das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hätte umsetzen können. Jetzt drängt die Zeit. Am 31. 12. dieses Jahres muß die Arbeit getan sein.

Ein guter Vorschlag sollte jedoch nicht verschwiegen werden: Die Kommission schlägt vor, daß in allen Fragen der Finanzierung politischer Parteien, Abgeordneten, Fraktionen und Stiftungen das Parlament nicht in eigener Sache entscheiden sollte, ohne zuvor das Urteil einer Sachverständigenkommission eingeholt zu haben. Das Prinzip, nicht in eigener Sache zu entscheiden, schließt ein, daß dies eine andere Kommission sein müßte, also eine, die etwas von der Sache versteht.

## Messer Griesheim investiert 400 Millionen in den neuen Ländern

Rund 400 Millionen DM will die Messer Griesheim GmbH (Frankfurt/Main), nach eigenen Angaben Marktführer bei Industriegasen in Deutschland, bis 1994 in den neuen Bundesländern investieren. Durch Werksneubauten sollen rund 500 Arbeitsplätze in Ostdeutschland geschaffen werden. teilte das Unternehmen bei der Grundsteinlegung für ein neues Industriegas-Werk im thüringischen Kerspren (Kreis Erfurt) mit.



## Kleinwerbemittel



### Geschenkpapier

- Bestell-Nr.: 9592
- Verpackungseinheit: 20 Bogen
- Preis je Verpackungseinheit: 19,60 DM



### Umwelt-Kugelschreiber

- Bestell-Nr.: 9430
- Verpackungseinheit: 50 Exemplare
- Preis je Verpackungseinheit: 35,— DM

## WIR MACHEN UNS STARK FÜR EUROPA

## DIE EUROPA- STRASSEN

**E10 E1 E53 E5**  
Das europäische Fernstraßen-Netz 1:4,5 Mio.



### ● Europa-Straßenkarte Das europäische Fernstraßennetz auf einen Blick

- Bestell-Nr.: 9542
- Verpackungseinheit: 10 Exemplare
- Preis je Verpackungseinheit: 29,— DM

Bestellungen richten Sie bitte an das

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. Mehrwertsteuer.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

**1993** soll zu einer intensiven Diskussion des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms genutzt werden, an dem sich nicht nur Parteimitglieder, sondern auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Für die Diskussionen sind zwei Phasen geplant: Bis zum 15. September soll der Parteilinien überschreitende Dialog geführt werden und Anfang November der Antrag des Bundesvorstandes vorliegen, der dann auf dem 5. Parteitag der CDU vom 20. bis 24. Februar 1994 in Hamburg abschließend beraten und verabschiedet wird.

Jetzt kann auch der „Leitfaden zur Diskussion“ (Materialien I) in unserem Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, bezogen werden:

- Bestell-Nr.: 3570
- Mindestabnahme: 10 Exemplare
- Preis je 10 Exemplare: 13,— DM

Im Gespräch:  
Ein neues  
Grundsatzprogramm

Diskussionsentwurf

**CDU**

Bestell-Nr.: 3569  
Verpackungseinheit: 10 Stück  
Preis pro Einheit: 19,50 DM

**UID**

6/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe, Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.